

Er erscheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Beilage-Verzeichn. für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Lehrerpreis: Amt 1. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 30. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Es ist die Pflicht eines jeden Parteigenossen, für die Weiterverbreitung des Zentralorgans der Partei nach Kräften thätig zu sein. Daß unser Blatt in bezug auf politische Dinge vortrefflich informiert und häufig in der Lage ist, Nachrichten zu bringen, die keinem anderen Blatte zur Verfügung stehen, das ist allseitig anerkannt.

Ueber dem politischen und wirtschaftlichen Theil werden aber die lokalen Vorkommnisse Berlins keineswegs vernachlässigt. Die Besprechungen unserer Kommunalangelegenheiten sowie die ausführlichen Berichte über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung bringen den Leser in die Lage, die Erscheinungen auf diesem wichtigen Gebiet des öffentlichen Lebens genau zu verfolgen. Der lokale Theil des „Vorwärts“ verzeichnet alle Begebenheiten des Tages und giebt ein getreues Bild des Vereins- und Versammlungslebens, welches in Berlin besonders starke Wellen schlägt.

Ebenso widmen wir dem Feuilleton die größte Aufmerksamkeit. Jetzt veröffentlichen wir einen Original-Roman aus der Gegenwart: „Clotilde“, von D. W. M. von Walthausen, der in einer deutschen Residenzstadt spielt und tiefe Blicke in das Leben der „guten Gesellschaft“ thun läßt.

Den neuen Abonnenten wird der bereits gedruckte Anfang dieses höchst spannenden Romans gratis nachgeliefert. Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 M. für die Monate Februar und März entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1896 unter Nummer 7277.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Clotilde.

(Nachdem verboten.)

Roman aus der Gegenwart von D. W. M. von Walthausen.

Das wäre mir lieb, denn nicht allein, daß dann meine Nachur Erfolge verspricht, ich möchte Ihnen auch nützlich werden und dazu bedürfte ich allerdings den Rang eines Hausfreundes. Wie ich höre, ist eine kleine Festlichkeit in Aussicht und wenn Sie dazu meine Dienste annehmen wollten, würde ich mich sehr geehrt fühlen. Ich möchte einige selbstersundene Arrangements gern zur Ausführung bringen, und es wäre mir lieb, wenn Sie dies gestatteten.

„Dann begegnen sich ja unsere Wünsche“, sagte Brambach. Die Verkörperung künstlerischer Ideen stempelt einen Gesellschaftsabend erst zu einem Festabend. Wir lassen Ihnen daher vollständig freie Hand und sind Ihrer Ueberraschungen gewärtig.

Dazu bedürfte ich noch besonders der Gunst der Damen. Meine Diener werden einige Requisiten bringen, und dies müßte doch vor allem die Frau des Hauses erlauben.

„Ich stelle Ihnen zwei Zimmer zur Verfügung“, sagte Georgine, arrangiren Sie und wohnen Sie dort, dann werden Sie unser Hausgenosse zugleich.“

„Dies wäre allerdings einer meiner stillen Wünsche, denn ich habe auf meinen vielen Reisen in Deutschland und der Schweiz das Hotelleben zum Ueberdruß genossen, — aber es geht nicht.“

„Warum nicht?“ fragte der Doktor.

„Die freundliche Aufnahme, die ich hier gefunden, läßt mich befürchten, daß um meinwillen Opfer gebracht werden, und das kann ich nicht annehmen, es wäre denn, daß mir auch hierin freie Hand gelassen würde, dieselben auszugleichen.“

„Es wird Ihnen auch dies Arrangement überlassen“, sagte lächelnd Georgine, „nur denken Sie mehr an unser Fest, welches schon morgen Abend stattfindet.“

„Schon morgen Abend?“ D, dann muß ich von Ihrem gültigen Anerbieten Gebrauch machen. Dann habe ich keine

Bimetallistische Utopien.

Die Zeiten sind schlecht für unsere Agrarier. Auf dem Markte ein fataler Tiefstand der Getreidepreise und in der Politik Enttäuschung auf Enttäuschung. Eben haben erst die Regierungsvertreter sich im Reichstage mit größter Entschiedenheit gegen den Antrag Kanitz ausgesprochen und schon hört man, daß der Bundesrath definitiv beschlossen hat, die von dem Reichslanzler geplante internationale Währungskonferenz nicht einzuberufen. Der Bimetallismus, für den in agrarischen Kreisen so wieder die Werbetrommel geschlagen wurde, ist der geistige Zwillingebruder des Kanitz'schen Getreidemonopols. Bimetallismus und Getreidemonopol stellt die agrarische Phantasie sich als die beiden Wunderrezepte vor, nach denen alle „Noth der Landwirtschaft“ leicht sich heilen ließe. Und nun die doppelte Abfage der Regierung — es ist zum Reichsfeind werden!

Unerwartet kommt die Wendung der Dinge nicht. Die Silberkommission vom Jahre 1894 war resultatlos verlaufen, und die Erklärung Hohenlohe's im Februar 1895, daß die Reichsregierung bereit sei, zur Berathung der Währungsfrage eine internationale Konferenz einzuberufen, sollte wohl von Anfang an nur eine der üblichen Artigkeiten gegenüber der mächtigen konservativen Partei sein.

Darum, daß nach Aufhören der freien Silberprägung in Ostindien und nach Beseitigung der amerikanischen Sherman-Acte internationale Vereinbarungen im bimetallistischen Sinne noch weniger wie früher erwartet werden durften, konnte ein Zweifel auch bei der deutschen Regierung nicht bestehen. Indem der Bundesrath, hauptsächlich wohl unter dem Einfluß der süddeutschen Staaten, es ablehnte, eine von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurtheilte Konferenz einzuberufen, hat er nur das Selbstverständliche geihan; aber die Selbstverständliche ist darum nicht minder schmerzhaft für die agrarisch-konservativen Illusionen.

Man wirft den modernen Sozialdemokraten, deren Forderungen auf der klaren Einsicht in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise basiren und daher durchaus realistische Natur sind, Utopien vor. Das heißt die Sache auf den Kopf stellen. Nicht die revolutionäre, von der ökonomischen Entwicklung getragene Partei, sondern die reaktionären Parteien, welche, mit dem Kapitalismus in ganzen einverstanden, ihm die einzelnen Giftzähne ausbrechen wollen, die sie gerade zu fühlen bekommen, denken utopisch. Sie verschließen ihr Auge vor dem großen Zusammenhang der ökonomischen Gesetze und meinen, dieses lebendige Ganze ihren subjektiven Klassenwünschen gemäß durch allerhand kleinliche Vorkehrungen weichern zu können. Nicht die Einsicht, die überspannte Illusion, welche nicht sehen will, um an Wunderkuren zu glauben, ist die Triebkraft dieser Parteien. Handwerker und Agrarier, die einen von der Konkurrenz des Großbetriebes, die anderen von der Konkurrenz der überseeischen Getreideländer bedrückt, sind solche Gläubige aus Klasseninstinkt. Was für jene Befähigungsnachweis und Innungsorganisation, das ist für diese Antrag Kanitz und Bimetallismus.

Den unklaren Utopismus, der hinter dem Kanitz'schen Gedanken, die deutsche Getreide-Einfuhr staatlich zu monopolisiren, steckt, hat der „Vorwärts“ nützlich erst beleuchtet. Das Doppel-

Zeit zu verlieren, ich gehe daher jetzt, um sofort meinen feierlichen Einzug hier zu bewerkstelligen. Zuvor aber möchte ich mich um das Wohlwollen aller Parteien in meinem neuen Kusse bewerben. Die frischblühende Hofe, die Pierde des Hauses, das Fräulein hat noch nicht gesprochen, möchte auch ihr mein Erscheinen und Weibchen genem sein.“ Dabei näherte sich Palavi dem jungen Mädchen.

Clotilde erwiderte diese an sie gerichteten Worte mit der Bemerkung: „Ich bin erfreut darüber, ich werde viel hören und lernen.“

Palavi erfaßte ihre Hand und flüsterte Clotilden zu: „So ungefähr habe ich mir nach der glühenden Beschreibung des Doktors die Tochter des Hauses vorgestellt, aber in Wirklichkeit übertrahst du das Original die Beschreibung.“

Clotilde warf dem Doktor einen Blick zu, erröthete und senkte verschämt ihr Köpfchen.

„Nun kann ich um so freudiger hinweggehen, um bald für längere Zeit wiederzukehren“ — und mit einer gräßlichen Handbewegung trippelte Palavi zur Thüre hinaus.

Brambach folgte, ein „baldiges Wiedersehen“ ihm nachrufend.

„Nun wie gefällt Ihnen Palavi?“ fragte der Doktor Georginen.

„Ein recht angenehmer Mann“, erwiderte diese freudig, man sah es ihr an, sie war froh, einen reichen Miether bekommen zu haben.

Mit dem Ausrufe: „Entschuldigen Sie mich, Herr Doktor, ich muß Ihrem Freunde die Zimmer wohllich herrichten,“ — eilte sie in geschäftigem Eifer aus der Thür.

Die beiden Geliebten waren allein. Beide aufgeregt, mit übervollem, dem Herprinngen nahem Herzen, beide stumm ohne das rechte Wort zur Aurrede zu finden.

Clotilde schien den Blicken des Doktors auszuweichen, sie blätterte mit zitternden Händen in ihrem Album.

Dem Doktor entging die Verlegenheit nicht, die Clotilde zu verbergen suchte. Er hatte also recht gesehen. Sie fühlte sich schuldberufen. Sie hatte etwas gethan, dessen sie sich ihm gegenüber schämte. Das sprach für ihn. Durfte

währungs-Ideal als Heilmittel der Landwirtschaft birgt noch viel lustigere Phantasien in sich.

Es wäre psychologisch äußerst interessant, wenn einmal nachgewiesen werden könnte, als was sich denn der Bimetallismus in dem Durchschnittsgebirn seiner agrarischen Parteigänger abspiegelt, wie diese sich den Zusammenhang zwischen ihrem Klasseninteresse und bimetallistischer Reorganisation des Währungsweßens denken. Man läme da wohl auf die wunderlichsten Gedankenengänge: Die Noth der Landwirtschaft rührt von den niederen Getreidepreisen her; die Preise sind niedrig, weil nicht genug Geld im Lande ist; es ist aber nicht genug Geld da, weil die Staaten schon lange keine freie Ausmünzung des Silbers haben; wenn nun die Staaten dem jeht von ihnen boykottirten, und einzig durch den Boykott entwertheten Silber die Münzstätten wieder öfneten, wäre die Entwerthung des Silbers gegenüber dem Golde nicht allein gehoben, sondern es wäre mehr Geld im Lande. Mehr Geld heißt aber auch vermehrte Waarennachfrage und weiterhin Steigerung der Waaren-, vor allem der Getreidepreise. Hohe Getreidepreise sind aber das Fundament jeder guten Volkswirtschaft.

So oder auch ein bißchen anders mögen die utopisch-krausen Vorstellungen sein, durch welche in den weiten agrarischen Kreisen das Schlagwort des Bimetallismus seine Popularität gewinnt. Die Haltlosigkeit dieses Abkommens liegt auf der Hand. Angenommen einmal, die große Entwerthung des Silbers gegenüber dem Golde — während sich bis in die siebziger Jahre hinein 15 1/2 Pfund Silber ungefähr gegen 1 Pfund Gold auf dem Weltmarkt eintauschten, wird gegenwärtig etwa die doppelte Silbermenge für 1 Pfund Gold gezahlt — sei nicht in technischen Fortschritten des Silberbergbaues, sondern allein in der Einstellung der staatlichen Silberprägungen begründet, angenommen ferner, bei einer neuen Erschließung der Münzstätten für das Silber würde dieses seinen alten Werth gegenüber Gold von neuem erobert und behaupten können, was wäre die Folge?

Keine Geldverschlechterung, sondern eine Geldvermehrung, die aber an und für sich noch durchaus keine gesteigerte Waarennachfrage, keine Belebung der Produktion und Erhöhung der Preise bedeutet. Massenhaft würde das früher ausgeschlossene Silbermetall in die Mäuzen strömen, aber die Vermehrung des Geldhandels würde an sich der Produktion noch keine neue Kraft verleihen.

Ein Ausschwanng der Produktion und der Preise hängt in letzter Instanz immer von der wirklichen oder spekulativ vorausgesehenen Waarennachfrage ab. Die vorhandene Menge von Metallgeld hat bei entsprechender Anspannung des Kredites noch immer genügt, um in allen solchen Fällen die den Unternehmern sich bietende günstige Konjunktur voll auszunützen und Waaren, mehr als getraucht wurden, auf den Markt werfen. Der Ausschwanng der Produktion endete regelmäßig mit einer Ueberproduktion.

Die Vermehrung von Hartgeld würde einfach den Geldbestand der Banken mächtig erhöhen und sie befähigen, große Geldmassen an Handel und Produktion auszuliehen, wenn

er ihr die Schuld allein beimeßen? mit ihr abrechnen? sie aufgeben? Sie, die er liebte, die in ihrer Verlegenheit jeht so hold Erglähete, so Schöne, verlassen? weil ein Anderer sie ebenfalls schon fand? Nein! Weise näherte er sich und flüsterte ihr über die Schulter zu: „Clotilde, lag nicht vorhin der Baron zu Ihren Füßen?“

Die Erschreckte zuckte zusammen und sagte, ohne aufzubliden: „Ja.“

„Er bewirbt sich um Sie?“

„Er hat mich besungen in einem Gedichte und versichert mir seine Liebe.“

„Und Sie haben ihn erhdrt?“

„Ich bin ihm zu Danke verpflichtet, er hob mich auf, als ich einmal auf der Eisbahn schwer gefallen war.“

„Also aus Dankbarkeit und Begeisterung für den Dichter — darf man das Gedicht nicht einmal lesen?“

„Ich habe es in mein Album gelegt, hier ist es.“

Der Doktor nahm das Blatt, überflog es und sagte: „Das klingt ja gut, Sie sind wirklich eine Blume aus der Unschuldskrone.“

„Sie übertreiben, Herr Doktor. Ich weiß ja, daß ich noch ein unerfahrenes, thörichtes Kind bin, aber Ihr Spott thut mir weh.“

„Ich hätte Sie verspottet! Doch was seh ich — das Gedicht dürften Sie ja gar nicht annehmen, es ist ja gar nicht an Sie gerichtet.“

„Es steht doch darüber: An Clotilde Br.“

„Aber das Gedicht ist ein Akrostichon, die Anfangsbuchstaben der Zeilen ergeben den Namen „Bertha Schulz“.“

Zufällig kannte ich dieses Fräulein, die junge Dame ist seit einigen Tagen die Braut Händrichs. Gewiß hat auch der Baron dieselbe gekannt, sie besungen, und verworhet nun das Gedicht zum zweiten Male!“

„Der Schändliche!“

„Hatten Sie denn auch Ihr Herz befragt?“

„Das hat keine Stimme mehr, wenn seine heiligsten Regungen durch Spott erdöbdt werden.“

„Wie? Zum zweiten Male höre ich dies häßliche Wort, wie können Sie glauben, daß ich —“

„Ich glaubte, aber jetzt weiß ich, Sie können ein so

Reichstag.

26. Sitzung vom 29. Januar 1896. 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht die erste event. zweite Beratung des Antrages Warth-Nicker betr. Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag.

Abg. Nicker beschränkt sich angesichts der Befehung des Hauses (sind 17 Mitglieder im Saale) auf eine kurze Empfehlung des vom Hause schon am 17. April 1894 mit großer Mehrheit angenommenen Gesetzentwurfs, der sich in der Zwischenzeit immer allgemeiner Sympathien erworben habe. So sei im vorigen Jahre von der badischen Regierung zum Zwecke des besseren Schutzes des Wahlheimnisses eine Vorlage gemacht worden, die die Haupttheile des Antrages enthalte.

Abg. Wasserfall (nall.): Auch wir werden dem Antrage zustimmen, da die Erfahrungen in der Wahlprüfungs-Kommission die Sicherung des Wahlheimnisses auf diesem Wege zur Nothwendigkeit machen. Der badische Entwurf hat nicht nur die Wahlkreisverteilung, sondern auch die sogenannte Dunkelkammer, den Isolirraum für die Beförderung des Stimmzettels in das Couvert, abgelehnt.

Abg. Schäbler (3.) giebt für die Zentrums-Partei dieselbe Erklärung ab. Sicherung der geheimen Abstimmung habe sie stets für alle politischen Wahlen verlangt, desgleichen auch für die Kommunalwahlen, wozu auch hier vielleicht diese oder jene Garantienmaßregel aus lokalen Rücksichten modifizirt oder ganz bei Seite gelassen werden könne. Redner zitiert die neuesten Auslassungen des früheren Ministers Herrfurth über dieses Wahlrecht in zustimmendem Sinne.

Abg. v. Stumm (Rp.) befreit, daß der Antrag die volle Wahlfreiheit garantire. Gewisse Elemente würden nach wie vor auch die Heimlichkeit der Wahl zu durchbrechen wissen. Man braucht bloß die nicht mit allen Bürgern vertrauten Arbeiter u. dergl. zu veranlassen, auf dem Stimmzettel auch ihren eigenen Namen zu setzen, um ganz genau zu erfahren, wie dieser oder jener Wähler gestimmt habe. Eine absolute Sicherung des Wahlheimnisses sei also auch auf diesem Wege nicht zu erreichen. Besser wäre es, zu dem ursprünglichen Vorschlage der Regierung von 1896 zurückzukehren, die offene Stimmabgabe einzuführen, also die geheime abzuschaffen.

Abg. Bloß (Soz.): Wenn auch die badische Regierung auf den Boden des Antrages tritt, so lehnen wir doch die Vorgänge in Sachsen, wozu wir uns unter Umständen von den Regierungen zu verstehen haben. Daher ist es von Werth, wenn sich die große Mehrheit des Reichstages für den Antrag ausspricht. Herr v. Stumm legt heute eine Sanftmuth an den Tag, die an ihm neu ist. Abänderungsanträge, die die Basis des Reichs-Wahlrechts erschüttern würden, hat er wohl bloß deshalb bisher nicht gestellt, weil dieselben ganz ausfallslos sind; er hat aber doch erst vor kurzem seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß jedem Sozialdemokraten das Wahlrecht abgeprochen werden müsse. Es ist uns mit dem Antrage nicht um eine Demonstration zu thun, aber doch nur um eine solche gegen das Demagogentum draußen im Reiche, welches auf gewaltsamen Umsturz des geltenden Rechts hinarbeitet.

Abg. Förster-Neufeldt (Reform-P.): Wir wollen nicht, daß der Volkswille, wie bisher oft geschehen, gefälscht werde, und stimmen deshalb für den Antrag, der aber vielleicht noch redaktioneller Änderungen bedarf, auch nach der Seite des passiven Wahlrechts ergänzt werden sollte, auch die Frage der Abgrenzung der Wahlkreise behandeln könnte. Wir sind für Vorberatung des Antrages durch die Wahlprüfungs-Kommission.

Abg. Warth (fr. Sp.) ist gegen die Erweiterungen, die den Zweck des Antrages leicht vereiteln, ja seine Annahme gefährden könnten. Herr von Stumm habe bei seinen Ausführungen die Ueberwachung der Stimmabgabe durch die Sozialdemokraten im Auge; diese sei aber noch lange nicht so schlimm, wie die vielfach vorkommende Thatsache, daß die Fabrikherren sich die Stimmzettel ihrer Arbeiter vorweisen lassen.

Abg. von Volzlegler-Silgenburg (Pole): Auch wir werden für den Antrag stimmen, vor allem auch, damit dem polnischen Volke die Wahlfreiheit gewahrt werde.

Nachdem Abg. Gröber (3.) entgegen den Abgg. Bloß und Förster für schleunige unveränderte Annahme des Antrages gesprochen und für das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht als das am meisten in politischer Hinsicht erzieherisch wirkende Wahlrecht eingetreten ist, auch das Uebel des Fürsten Bismarck über das Dreiklassen-Wahlrecht als das widerwärtigste Wahlverfahren zitiert und schließlich darauf hingewiesen hat, daß auch in Württemberg die Regierung damit umgehe, in der Richtung des Antrages den Kammern eine Vorlage zu machen, nimmt

Abg. Bindewald (Reform-P.) Veranlassung, auf die größten Wahlbeeinflussungen amtlicher Kreise bei den letzten Erwahlungen in Mecklenburg und Ost-Westfalen näher einzugehen, um die Nothwendigkeit des Antrages darzutun, der ohne Kommissionsberatung sofort zum Beschluß erhoben werden müsse, um denjenigen, die ständig am Reichs-Wahlrecht rütteln (Widerspruch und Heiterkeit rechts), in etwas das Handwerk zu legen.

Abg. Schoenlant (Soz.): Thatsächlich beabsichtigen in Sachsen die Konservativen und National-Liberalen im Bunde mit der Regierung ein unerbörtes Attentat auf das dortige Wahlrecht, welches sie durch das preussische Dreiklassenwahlrecht ersetzen wollen. Früher hätten dieselben Parteien und die Regierung sich gegen ein indirektes Wahlrecht und gegen eine Klassen-Einteilung erklärt; heute sei die Stimmung umgeschlagen; ausbleicher Furcht vor den Sozialdemokraten proklamieren die Adernmann, Mehnert und Schill den Umsturz des bestehenden Wahlrechts und die Regierung stimme ihnen zu. Bei den sächsischen Ordnungsparteien habe Herr v. Stumm mit seiner Schleisteinpolitik gelehrige Schüler gefunden.

Präsident v. Bülow mahnt von weiteren Abschweifungen ab, worauf der Redner mit der Aufforderung, den Antrag einstimmig anzunehmen, schließt.

Sächsischer Bevollmächtigter Graf Hohenhausen: Die sächsische Regierung weiß von diesen Absichten nichts. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sollte aber das sächsische Wahlrecht geändert werden, so sind die Sozialdemokraten schuld (erneutes Lachen links), denn sie haben das Wahlrecht angegriffen.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum wendet sich gegen den Abg. Bindewald, der von ungeheurer Wahlbeeinflussung der Amtsvorsteher und Großgrundbesitzer gesprochen. Es sei doch selbstverständlich, daß die Anführer im Kreis des Ost-Westfalen sich ihren verdienten langjährigen Landrath v. Kardorff als einen hergelaufenen Agitator wählen. Landtags- und Reichs-Wahlrecht ergänzen sich gegenseitig; man dürfe nicht einseitig eines von beiden in Angriff nehmen, wodurch die bestehenden Machtverhältnisse in Staat und Reich einseitig ver-

schoben werden würden. Der Antrag Warth sei auch an sich unpraktisch.

Abg. Schoenlant (Soz.): Graf Hohenhausen weiß also hier in Berlin nicht, was in Dresden geschieht. Ich habe das sächsische Wahlrecht nicht als das Ideal, auch nicht als etwas Vorzügliches, aber doch als etwas Erträgliches angesehen.

Sächsischer Bevollmächtigter Graf Hohenhausen: Dann stellt sich der Redner im Gegensatz zu seinen sächsischen Parteigenossen. Diese haben in zwei oder drei Sessionen Anträge auf Aenderung des sächsischen Wahlrechts gestellt, und darauf ist in jener denkwürdigen Sitzung der sächsischen zweiten Kammer die Erklärung erfolgt, die der Redner im Sinne hatte. Ob es die Absicht der Regierung ist, das Wahlrecht zu ändern, ist mir nicht bekannt.

Abg. Bindewald: Die im Wahlkreise Ost-Westfalen aufgetretenen Redner meiner Partei waren keine hergelaufenen Männer; sie blickten auf einen Stammbaum zurück, auf den sie stolz sein können, sie haben unter ihren Vorfahren keine Strauchritter! (Große Unruhe und Lachen rechts, Händeklatschen auf der Tribüne zur Rechten des Präsidiums.)

Abg. Lieber (3.): Ich muß entschieden dagegen protestiren, daß von einer gegenseitigen Ergänzung des preussischen und Reichs-Wahlrechts gesprochen wird. Ich brauche bloß darauf zu verweisen, daß die Konservativen uns in Preußen bei der Steuerreform zwar mitwirken ließen, uns aber bei der Aenderung des Wahlgesetzes, welches die notwendige Ergänzung dazu war, vollständig im Stich gelassen haben, so daß die Wirkungen des Dreiklassenwahlsystems zu ungunsten der breiten Massen verschlechtert sind und sie hier gleichwohl ihre Mitwirkung zur Verbesserung des Reichswahlgesetzes verweigern.

Abg. Graf Limburg-Stirum entgegnet, daß man erst den Effekt der Steuerreform in Preußen abwarten müsse, ehe man an eine eventuelle Aenderung des Wahlrechts ginge. Für das Landtagswahlrecht sei noch keineswegs die behauptete Verschlechterung bewiesen, sondern zunächst nur bezüglich des Kommunalwahlrechts. Die Konservativen seien sehr bereit, in eine Revision einzutreten, aber nicht bloß nach einer Seite.

Abg. Fuchs (3.) entnimmt den Ausführungen des Vorredners, daß die Konservativen einem erneuten Antrage des Zentrums auf Abänderung des Wahlgesetzes in Preußen freundlich gegenüberstehen würden. Die „Revision“ des Grafen Limburg heiße nichts anderes als Abschaffung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. In gewissen Kreisen schreie man ja selbst nicht vor einem Staatsstreich zu diesem Zwecke zurück; für die heutige Offenheit des Grafen Limburg könne man nur dankbar sein.

Abg. Graf Limburg: Die beiden verschiedenen Wahlrechte konstituiren die Interessen- und Machtverhältnisse in den einzelnen Staaten. Aendert man einseitig, so werden diese verschoben. Wir wollen diese Verschiebung nicht; unsere Forderung ist also auch nicht der Ausdruck einer direkten Feindschaft gegen das geltende Wahlrecht.

Abg. Lieber (3.): Das Ausgleichssystem des Vorredners soll sich auf alle Einzelstaaten beziehen; wie gleichen sich denn diese Machtverhältnisse in Württemberg aus, wo beide Wahlssysteme das direkte Wahlrecht enthalten? Sie sprechen von „allen“ und meinen doch nur Preußen. Sie wollen uns verhindern, in Preußen eine Wiederherstellung des Status quo ante anzustreben, und drohen uns, das Reichswahlrecht anzugreifen, wenn wir in Preußen am Wahlrecht irgend etwas ändern. Es ist ganz willkürlich, daß die beiden Wahlssysteme begrifflich oder geschichtlich irgendwie sich ausgleichen. Nach der Einführung des Reichswahlrechts habe man im Gegentheil angenommen, daß nun auch in den Einzelstaaten die Lage des indirekten Wahlsystems gebildet sei. In Preußen wurde sofort von Windthorst und Mallinckrodt der bezügliche Antrag gestellt. Zur Zeit rühren wir nicht an dem indirekten Wahlrecht; wir wollen nur seine Wirkungen zurückführen auf den Zustand, auf dem es sich vor der Steuerreform befand. Das ist keine Verschlechterung des Dreiklassen-Wahlrechts. Daß die Verschlechterung im Gegentheil durch die Steuerreform herbeigeführt ist, ist heute schon klar, wenn auch die Statistik darüber noch nicht vorliegt. Weiß man nicht, daß in Berlin Minister in der dritten Klasse wählen? Der Widerstand gegen den Antrag zeigt, welche Absichten die Herren rechts mit dem allgemeinen Wahlrecht überhaupt haben.

Abg. Fuchs (3.): Sie bezweifeln, daß man mit Staatsstreichgedanken umgeht? Sieht der Graf Mirbach Ihnen nahe oder nicht? Dieser Graf Mirbach hat im Herrenhaus erklärt, daß das Volk in weiten Kreisen mit Jubel es begrüßen würde, wenn die Fürsten sich entschlossen, einen neuen Reichstag auf Grund eines neuen Wahlgesetzes zu berufen. (Bewegung und Unruhe.) Das nennen wir einen Staatsstreich.

Damit schließt die Diskussion. Nach dem Schlußwort des Abg. Warth wird der Antrag auf Kommissionsberatung zurückgezogen. Das Haus tritt sofort in die zweite Lesung ein und nimmt die einzelnen Paragraphen des vorgeschlagenen Gesetzentwurfs ohne Debatte an.

Ein Antrag der Abgg. v. Strombeck und v. Hohenberg, daß Beweiserhebungen in Wahlprüfungs-Sachen von den Behörden als Einlagen zu behandeln sind, wird angenommen.

Es folgt die erste Beratung von den Sozialdemokraten (Auer und Gen.) und von der freisinnigen Volkspartei (Ander und Gen.) eingebrachten Gesetzentwürfe betreffend die Gewährung eines vollständig freien Vereins- und Versammlungsrechts.

Der sozialdemokratische Entwurf schließt die Mitwirkung oder Einflußnahme amtlicher Behörden in jeder Form aus und stellt diejenigen, welche die Ausübung der hier gewährtesten Rechte zu verhindern suchen, unter die Androhung einer Strafe bis zu 3 Monaten Gefängnis. — Der Antrag Ander will dagegen die Reichs- und Landes-Gesetze, die Reichsmilitär-Gesetze und die Bestimmungen der Landesgesetze über die Ueberwachung von Zusammenkünften unberührt lassen.

Abg. Auer (Soz.): Das allgemeine Wahlrecht, über welches wir soeben verhandelt haben, steht in enger Verbindung mit dem freien Vereins- und Versammlungsrecht, ohne welches jenes nicht ausgeübt werden kann. Die weitesten Kreise sind über die Nothwendigkeit einer Aenderung der derzeitigen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland einig. Die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung geht aus Artikel 4 Nr. 16 der Verfassung klar hervor. Am 1. Mai 1895 haben die Redner aller Parteien sich in diesem Sinne ausgesprochen, fanden aber doch, daß die jetzige Zeit zu solchen Aenderungen nicht angethan sei. Wann soll nun diese rechte Zeit kommen? Das Reich hat sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert; noch immer ist die Verheißung der Verfassung nicht erfüllt. Das Königlich Württemberg hat schon heute ein Vereins- und Versammlungsrecht, welches sich nicht weit von dem, was wir verlangen, unterscheidet. Wir wären bereit auf unseren Antrag zu verzichten, wenn das

württembergische Recht Gemeingut für ganz Deutschland würde. Damit ist auch die Meinung des Herrn von Marquardsen widerlegt, daß sich mit einem solchen Gesetz nicht auskommen lassen würde. Die Meinung, daß solche Bestrebungen doch ausfallslos seien bei dem Widerstand der verbündeten Regierungen, verdient keine ernste Beachtung, denn sonst hätten wir auch die mehrstündige Arbeit, die wir soeben gethan haben, unterlassen können. Und ist der immer und immer wieder zurückgewiesene Beweisaufweis nicht immer und immer wieder gelehrt und zwar zuletzt mit Erfolg? Ist eine Aenderung unseres Vereinswesens nothwendig, dann können solche Rücksichten nichts verschlagen. Dasselbe gilt von dem Einwande der nichtlebenden Gleichmacherei, den damals Herr Bachem erhob. Warum will man Minderjährige von der politischen Erziehung ausschließen, da doch dieselben Minderjährigen ev. die Waffen bereits tragen müssen. Gerade die Nothwendigkeit dieser politischen Erziehung hat doch vorher Herr Gröber vom Zentrum besonders betont. Was das Vereinsrecht für die Frauen betrifft, so will ja das Zentrum ihnen das Koalitionsrecht zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen geben; dieses wäre aber nur das bekannte Messer ohne Hest und ohne Klinge, wenn die Frauen nicht gleichzeitig das Vereins- und Versammlungsrecht erhalten. In dieser Beziehung ist auch in neuerer Zeit ein gewaltiger Umschwung in der öffentlichen Meinung vor sich gegangen; ich erinnere nur an den letzten evangelisch-sozialen Kongress, wo zum ersten Male eine Frau für diese Forderung eintrat und nach dem Zeugniß des Prof. Delbrück mit dem hervorstechendsten Erfolge.

Der frühere Abgeordnete und jetzige Professor Hertling hatte seinerzeit Erhebungen verlangt über die Verhältnisse der Konfektionsnäherinnen, denen zugemuthet war, trotz schlechter Bezahlung noch das Nähmaschinenrad zu liefern. Der Reichstag beschloß einstimmig, der Regierung eine Enquete zu empfehlen. Zweifellos behandelt diese eine öffentliche Angelegenheit im Sinne des Vereinsgesetzes und nie hätten die Frauen diese Angelegenheiten anders behandeln können als indem sie sich öffentlich zusammenthaten und Vereine bildeten.

Bereits anfangs der 70er Jahre hat Moritz Wiggers ein allgemeines deutsches Vereins- und Versammlungsrecht beantragt. Dieser Antrag sollte aber wesentlich bloß das preussische Vereinsrecht auch auf das Reich ausdehnen. Damals war das begrifflich, denn die schlimmen polizeilichen Erfahrungen hatte man noch nicht gemacht, und Wiggers war ein Mecklenburger, der für sein Vaterland ein Vereins- und Versammlungsrecht erst schaffen wollte. Einen Stein auf Mecklenburg will ich keineswegs werfen, denn ich wurde unter dem Sozialistengesetz zwar aus Preußen und Hamburg, aber nicht aus Mecklenburg ausgewiesen. (Heiterkeit.) Das wir uns jetzt auch noch immer nicht allseitig von dem preussischen Vereinsrecht entfernen sollen, wie Herr v. Marquardsen andeutete, kann man uns wirklich nicht zumuthen. Was auf dem Gebiet des Vereinsrechts in den verschiedenen Bundesstaaten noch heute zu recht besteht, wird den meisten Mitgliedern des Hauses gar nicht geläufig sein. In mehreren Staaten besteht noch heute die unglückliche bundestägliche Bestimmung, daß Arbeitervereine und Verbindungen zu politischen, sozialistischen und kommunikativen Zwecken überhaupt verboten sind, so in Hessen und Oldenburg, wo sonst ganz liberale vereinsgesetzliche Bestimmungen vorhanden sind. In Anhalt dürfen nur Anhaltiner Mitglieder eines politischen Vereins sein; diese Vorschrift ist durch alle Instanzen hindurch als gesetzliches Recht anerkannt worden. Weimar hat kein Vereins- und Versammlungsrecht; diesen Zustand haben sich die Behörden dort jetzt dahin zu nutze gemacht, daß sie ihre eigenen Belieben entscheiden lassen, und das ist bekanntlich gegen unsere Partei weidlich ausgenutzt worden. Die reichsländischen Verhältnisse sind ja bekannt, sie werden auch wohl noch von anderer Seite heute näher beleuchtet werden. Mecklenburg hat auch kein Vereins- und Versammlungsrecht; Vereine bedürfen daselbst der ministeriellen Genehmigung. (Zurufe rechts.) Rittergutbesitzer und hohe Beamte mögen ja mit diesen Zuständen zufrieden sein, aber uns anderen erheime sie hinterwäldlerisch, trotz des 25-jährigen Bestehens des Deutschen Reichs. In Preußen sind politische Vereine überhaupt verboten. (Große Heiterkeit.) In Deutschland haben wir 26 Vereinsgesetze. Was in Hamburg erlaubt ist, ist zehn Schritte weiter in Altona ein Vergehen und Verbrechen. In Württemberg dürfen die Frauen an Vereinen und Versammlungen teilnehmen; jenseits von dessen Grenze schnüffeln die Polizeibeamten nach der Anwesenheit von Frauen in Vereinen und Versammlungen herum, um die letzteren dann als ungeheuerlich aufzulösen.

Preussische Vereine dürfen nicht mit einander in Verbindung treten. Auf Grund dieser Bestimmung hat die Polizei die sozialdemokratische Organisation, auch den Parteivorstand, auch die einzelnen Vertrauensmänner aufgelöst und uns angeklagt, und wir werden aller Voransicht nach auch verurtheilt werden. Fünf Jahre lang haben wir diese Organisation gehabt; da kam Herr v. Köller und die verschiedenen Vereine wurden aufgelöst, und wenn wir uns demnach vor dem Richter verantworten müssen, so bin ich fest überzeugt, daß wir auf Grund der Juridikatur verurtheilt werden, es müßte denn ein Wunder passieren, und das glaube ich bei einem preussischen Richter nicht. (Heiterkeit.) Wir haben nun unseren Parteivorstand nach Hamburg geschickt; da funktioniert er ganz ruhig weiter. Wir hätten uns auch Württemberg ausfinden können (Heiterkeit); vielleicht könnten wir einmal Herrn Kollegen Gröber dort einen Besuch abstatten. Ich behaupte solche Zustände sind des Deutschen Reiches im höchsten Grade unwürdig. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) 3 Monate Gefängnis könnte man am Ende mit der Resignation eines guten Bürgers abgeben. (Heiterkeit.) Aber solche Zustände sind dann unerträglich, wenn man sieht, daß man andere, die dasselbe thun, ungeschoren läßt. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei ist genau so organisiert, wie derjenige aller anderen politischen Parteien. Wir haben, gewiß durch frühere Erlebnisse, alles zu vermeiden gesucht, um mit dem preussischen Vereinsgesetz in Konflikt zu kommen. 5 Jahre lang hatte das Berliner Polizeipräsidium an unserer Organisation nichts auszufinden gehabt, da trat mit einem Mal Herr von Köller ins Amt. Er träumte, daß er einen großen Schlag thun und die Sozialdemokratie vernichten werde und läßt unsere Organisationen auf und wanderte dann selbst nach Kammin, um stille Betrachtungen über die Vergänglichkeits aller Irdischen anzustellen. (Große Heiterkeit.)

Die Liebe zum Vaterland soll genährt werden. Ja, wie können Sie das verlangen, wenn heute der Deutsche gar nicht weiß, was das deutsche Vaterland von ihm verlangt. Er soll alle 26 Vereinsgesetze anwendig wissen, und doch giebt es darüber nicht einmal ein Buch. Und wie behandelt die Polizei die anderen Parteien? Ich greife die Organisation der konservativen Partei heraus, weil die Blätter dieser Partei allein das Vorgehen der Polizei gebilligt haben; die nationalliberalen Blätter haben das nicht fertig gebracht. Ich werde Ihnen zeigen, daß auch die Konservativen viel schlimmere Sünder sind als wir. Die konservative Organisation steht unter einer Leitung von 54 Herren,

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 29. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. d. Necke, Frhr. v. Hammerstein und Kommissarien.

An Stelle des früheren Abg. Hugo Hermes (fr. Sp.) wird der Abg. Dr. Langerhans (fr. Sp.) als Mitglied der Staatsschulden-Kommission und an Stelle des Abg. Dizen der Abg. Jürgen (nl.) als Schriftführer gewählt.

Die zweite Statberathung wird bei dem Spezial-etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Bei dem Ausgabebetitel „Versicherungs-Revisoren“ belämpft der Abg. Nückhoff (fr.) die im Reichstage ausgesprochene Forderung um noch schärfere Behandlung der ausländischen, namentlich der amerikanischen Versicherungsgesellschaften. Man muß von den ausländischen Gesellschaften, die infolge ihres Versicherungsvorfahrens große Vermögen angehäuft haben, verlangen, daß sie mindestens die gleichen Verpflichtungen erfüllen, wie die einheimischen. Wir schulden der Regierung Dank dafür, daß sie der unkontrollierbaren Thätigkeit der amerikanischen Gesellschaften einen Damm entgegen gesetzt hat. (Bravo!)

Abg. v. Tschopp (fr.) bittet den Minister, beim Bedarf an statistischem Material sich zunächst an das statistische Bureau zu wenden, anstatt Erhebungen bei allen Gemeindeverwaltungen zu verlangen. Die Arbeitslast der Selbstverwaltungsbehörden würde dadurch erheblich verringert werden.

Abg. Nidert (fr. Sp.) theilt einen Fall aus Cöslin mit, wo einem russischen Staatsangehörigen mitgeteilt war, es solle seine Naturalisation erfolgen, sobald er aus dem russischen Staatsverbande ausgeschieden sei; nachdem er dies bewirkt, sei er aber abschlägig beschieden.

Reg.-Kommissar Geh. Rath v. Trott zu Solz: Der Cösliner Magistrat hat sich gegen die Naturalisation ausgesprochen; hatte er früher eine zusage Erklärung erhalten, so würde das ein Grund sein, die nochmalige Prüfung der Angelegenheit zu verlangen.

Bei dem Kapitel „Landrätliche Behörden“ bringen die Abgg. Rudolph und Brandenburg (Z.) Klagen über Verletzung der Parität vor; letzterer verlangt die Befehung katholischer Kreise mit katholischen Landräthen.

Minister v. d. Necke: Die ja sehr maßvoll vorgetragene Beschwerde des Vorredners möchte ich doch bitten, mit tatsächlichen Material zu belegen. Von den vorhandenen 288 Regierungs-Referendaren sind 31, von den 600 Assessoren 53 katholisch, also 12 pCt. Von den Landräthen sind 13,5 pCt. katholisch. (Hört! hört!) Ueber Einzelfälle werden sorgfältige und wohlwollende Ermittlungen angestellt; ich kann versichern, daß bei der Zulassung als Regierungs-Referendar die Konfession des Bewerbers gar keine Rolle spielt.

Abg. Kirck (Z.) schildert die vergeblichen Bemühungen katholischer Bürger zu Fulda, einen dortigen Amtsrichter Greif als Landrath zu bekommen.

Minister v. d. Necke: Bei der Prüfung des Falles kam in Betracht, daß der Amtsrichter Greif nicht diejenige geschäftliche Erfahrung besaß, wie der Gegenkandidat.

Abg. v. Gynern (natl.): Wir werden nach den gehörten Zahlen vielleicht jetzt nicht haben, eine Kommission gegen Verletzung der Parität gegen Evangelische einzusetzen.

Abg. Dasbach (Z.): Man verwechselt bei dem Zahlenmaterial Ursache und Wirkung. (Widerpruch.) Weil seit langer Zeit die Katholiken zurückgesetzt werden, darum widmen sich die Söhne katholischer Familien nicht dem Studium. (Unruhe.)

Abg. Kirck (Z.): Ich will anerkennen, daß die Verhältnisse der Katholiken sich in den letzten Jahren gebessert haben; aber im allgemeinen sind unsere Beschwerden begründet.

Abg. v. Kröcher (L.): Wir haben vielfach katholische Bürgermeister in evangelischen Orten; die Leute fragen dort garnicht nach der Konfession, sondern nur ob der Mann tüchtig ist. Machen Sie es auch so! (Bravo!)

Abg. v. Gynern (natl.) führt eine Reihe von Fällen an, wo in evangelischen Orten katholische Beamte fungiren. Das Zentrum ist eben nicht zufrieden zu stellen.

Abg. Frhr. v. Heereman (Z.): Es liegt nach den jahrelangen Unterdrückungen der Katholiken im Gefühl, daß solche verfassungswidrigen Paritätsverletzungen vorkamen. Wir anerkennen gern, wenn evangelische Beamte unsere Rechte respektiren. Aber diese Beschwerden müssen wir vorbringen.

Die Abgg. v. Kardorff (fr.), v. Tiedemann-Labitschin (fr.) und Dr. Friedberg (natl.) bedauern übereinstimmend diese Debatte. Wollte man versuchen, mit den Biftern, die hier angegeben sind, bei den Evangelischen Einbruch zu machen, wir würden ausgelacht werden.

Abg. Graf Vasseleum (Z.) bemerkt, daß er von der Zentrumsfraction beauftragt worden sei, der Gemahlin des Oberbürgermeisters v. Jordanbeck die Theilnahme und das Beisein seiner katholischen Freunde auszusprechen; es sei also unrichtig, wenn behauptet werde, das Zentrum habe dem Todten die letzten Ehren verweigert.

Auf Anregung der Abgg. v. Seydebrandt (L.) und Dr. Gerlich (fr.) bemerken die Minister v. d. Necke und Miquel, daß die Dienstaufwand-Erschädigung der Landräthe zu niedrig und deren Erhöhung in Aussicht genommen ist.

Abg. Jerusalem (Z.) bittet um eine Ausbesserung der Lage der Lehrer an den Zwangs-Erziehungs-Anstalten.

Regierungs-Kommissar Geheimrath Krohne erwidert, daß eine allgemeine Regelung Schwierigkeiten biete; in einzelnen Fällen könnten die Regierungspräsidenten Abhilfe schaffen.

Abg. Hausmann (natl.) führt Klage über die lange Dauer der Dienstzeit der Aufseher in den Strafanstalten; außerdem wünscht Redner zu wissen, wie weit die Vereinigung der Strafanstalten unter ein gemeinsames Ressort gegeben sei.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Krohne: Es ist darauf Bedacht genommen, daß durch bauliche Einrichtungen eine Ersparrnis an Aufsichtskräften erzielt und deren Dienststunden vermindert werden. Die Verhandlungen über die Vereinigung der Strafanstalten unter ein Ressort schweben noch, dürften aber bald zum Abschluß gelangen.

Der Rest des Etats des Ministeriums des Innern wird ohne weitere Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

Beim Ausgabebetitel „Ministergehalt“ fragt der

Abg. v. Seydebrandt (L.), welche Mittel die Regierung anzuwenden denke, um der Landwirtschaft zu helfen. Der Minister steht offenbar mit ganzem Herzen der Noth der Landwirtschaft gegenüber, aber es scheint doch, daß ihm das wahre Verhältniß für die bedrohte Lage der Landwirtschaft fehlt. (Sehr richtig! rechts.) Die Lage ist sehr ernst; erfolgt nicht bald durchgreifende Abhilfe, so ist der Bankrott unausbleiblich. (Sehr richtig!) Mehr noch als der Kleinbesitz leidet der mittlere Besitz, der seinen Stolz darin sucht, seine Söhne zu tüchtigen Beamten und Offizieren heranzubilden. (Sehr richtig und zwischenrufe links.) Mit kleinen Mitteln ist nicht zu helfen; es muß die Landwirtschaft nachdrücklich gegen die ausländische Konkurrenz geschützt werden. (Sehr richtig!) Daß von uns vorgeschlagene

Abhilfsmittel hat die Regierung abgelehnt, den Antrag Kanitz. In der Währungsfrage wissen wir auch nichts Sicheres. Was gedenkt die Regierung nun zu thun? Wir erwarten eine Erklärung vom Minister, welche das Vertrauen zu der Regierung bei den Landwirthen wieder festigt, das und nicht hätte genommen werden sollen. (Beifälliger Beifall rechts.)

Abg. Ring (L.): Von besonderer Gefährlichkeit für die Verbreitung der Viehseuchen hat sich der Berliner Viehhof erwiesen. Aber bei den Sperrungen des Berliner Viehhofes könnte man etwas weniger streng vorgehen, da den Schaden von dieser Strenge immer nur die Landwirtschaft hat.

Abg. Graf Strachwitz (Z.): Der Bund der Landwirthe, dem ich angehöre, soll seinen Mitgliedern zum Bewußtsein bringen, was die Landwirthe für einen Einfluß in die Gesetzgebung haben könnten, wenn sie eine wären. (Sehr richtig!) Daß die Handelsverträge die Wirkung eines verlorenen Krieges haben, halte ich aufrecht. Die Aufkündigung der Meißbegünstigungsverträge oder Revision der Handelsverträge muß ernstlich erwogen werden. Mir scheint, in der Regierung ist nicht das volle Verhältniß für die Größe des Nothstandes vorhanden.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (L.): Es scheint, als ob die Regierung die Agrarier hier Monologe halten lassen will. (Sehr richtig.) Wir wollen den Minister nicht angreifen, obwohl seine Haltung im Reichstage uns dazu Veranlassung geben könnte. Weiß denn die Regierung die Größe des Nothstandes? Herrscht etwa noch die Anschauung Caprioli's, daß Deutschland ein Industriestaat werden müsse. Der Nothstand droht das Kapital an monarchischer Gesinnung zu vernichten, das im Osten der Monarchie so fest gespeichert lag.

Minister Freiherr v. Hammerstein: Im Vorjahre machte man mir den Vorwurf, zu ausführlich in meiner Programmrede gemeldet zu sein; heute wird mir der entgegengesetzte Vorwurf gemacht. Den Vorwurf, die Rechte Monologe halten zu lassen, weise ich zurück. Der Regierung liegt nichts weiter fern, als mit den konservativen Parteien in Widerspruch zu geraten; sie wünscht mit denselben und den Mittelparteien zusammen zu gehen. Die Regierung ist entschlossen, dem Nothstande mit allen durchführbaren und zweckmäßigen Mitteln entgegenzutreten. (Bravo! rechts.) Der preussische Staat ist nicht ein Industriestaat, sondern muß seinem Grundwesen nach ein ackerbaurender Staat sein; allerdings hat die Regierung darauf zu denken, daß alle produktiven Stände in ihren Interessen geschützt werden. (Sehr richtig! links.) Wegen Fehdung des Silberwerthes haben Erörterungen stattgefunden; Schwierigkeiten fanden wir an den Stellen, deren Einverständnis Sie selbst für nöthig hielten. Ein Mittel, die Getreidepreise von heute zu morgen zu heben, finde ich nicht; wissen Sie jemanden, der ein solches beifügt, so will ich ihm gern meinen Platz räumen. Die Bezeichnung der „kleinen Mittel“ ist mir recht unvorteilhaft; diese Mittel sind gar nicht so klein. Sie bekämpfen die Handelsverträge, nachdem Sie für deren Erneuerung ein erhebliches Kontingent gestellt haben; ich dagegen gehe mit gebundener Marschroute; ich habe die Handelsverträge nicht gebilligt, muß aber mit ihnen rechnen. Ein Gegner des Bundes der Landwirthe bin ich nicht. Ich würde ja mit dem Grafen Kanitz der berühmteste Mann sein, wenn es möglich wäre, den Antrag Kanitz durchzuführen. Leider geht das nicht. Der beste Wille, zu helfen, ist bei der Regierung vorhanden; mehr von ihr zu fordern, sind Sie nicht berechtigt. (Bravo!)

Nächste Sitzung morgen (Donnerstag) 12 Uhr: Lehrer-Befoldungs- und Pensionsgesetz. Schluß 1/4 Uhr.

Soziale Rechtspflege.

Wie ein Arbeitervertreter vor dem Reichs-Versicherungsamte behandelt wurde. Nicht merkwürdige Erfahrungen machte am 24. Januar unser Parteigenosse, der Former und Expedient Pögel vor dem Reichs-Versicherungsamte, wo er die Ansprüche zweier Dortmunder Arbeiter zu vertreten hatte. Pögel hatte sich kaum als Vertreter dieser Arbeiter gemeldet, als er auch schon besonders beobachtet und alsbald einem sehr eingehenden Verhör unterzogen wurde. Die Nennung seines Namens wurde von dem Vertreter der Berufsgenossenschaften, dem ehemaligen Regierungsrath Köhler mit einer Geste beantwortet, aus der Pögel alles andere nur keine freundliche Gesinnung entnehmen konnte. Wir wissen nicht, ob dies verwunderliche Gebahren von dem Vorsitzenden nicht bemerkt wurde; jedenfalls blieb es ungerügt. Auch ist uns nicht unbekannt, ob Herr Köhler, der als Direktor der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft und der Neuen Pferdebahn-Gesellschaft ein außerordentlich bedeutendes Einkommen, sowie beträchtliche Sitzungsentwöhnungen bezieht, und bei alledem als Vorsitzender der Straßenbahn-Berufsgenossenschaft noch einige tausend Mark Pauschalentschädigung empfangen dürfte, ob dieser Herr Verständnis dafür hat, daß Proletarier ihren unbeholfenen Arbeitsbrüdern unentgeltlich mit Rath und That zur Seite stehen. Doch genug von diesem Pögel und zur Geschäftsführung. Der Vorsitzende, Geheimrath Regierungsrath Stolzmann, ließ unsern Genossen eigentlich kaum zu Worte kommen. Was er denn wolle, ob die anwesenden Verletzten nicht selber reden könnten. Pögel suchte hierauf dem Frager die unbeholfene Lage darzumachen, in welcher sich die meisten Arbeiter bei der Erledigung von Rechtsstreitigkeiten befinden und setzte auseinander, daß sie dann Anschluß an Leute ihres Vertrauens suchten. Jetzt wurde er ausgefordert, ob ihm etwa der Konjunkt in Dortmund, der den Leuten die Schriftsätze gemacht hat, seine Klienten zugesandt hätte. Das verneinte P. energisch und erklärte, daß er eigentlich nur den Former Alwin Köhler vertritt, welcher der Verletzten Vertretung zuerst übernommen hatte. Dann habe wohl Köhler die Schriftsätze gefertigt die wegen des darin enthaltenen Angriffs auf den Gutachter, Kreisphysikus Schulte, den größten Unwillen der Richter erregt hatten. In dieser Art ging das Verhör weiter. Pögel wies auch die letztere Annahme als falsch zurück; im übrigen betonte er, daß man sich nicht scheue, wenn man vielleicht annehme, er erschiene für Geld vor dem Gericht. Das eigenthümliche Verhalten des Herrn Stolzmann gegen den unbeholfenen Vertreter der Arbeiter schwand noch lange nicht; denn als Pögel den Antrag auf Einholung eines Oberanwalts stellte, konnte er knapp antworten. Sofort fuhr der Vorsitzende dagegen. Er fand es ganz wunderbar, wie P. nur das Gutachten des Kreisphysikus, eines beanstandeten Arztes ansprechen könne. Herr Stolzmann hielt es also gar nicht der Mühe für werth erst den gesammten Senat nach seiner Meinung darüber in nicht-öffentlicher Verathung zu befragen. Dieses Verhalten ist uns unverständlich. Das Mißtrauen gegen den Vertreter fand seinen höchsten Ausdruck in der Frage nach seiner genauen Adresse und der Fabrik, in der er arbeite. — Was

die unzulässige Bemerkung des Vorsitzenden bezüglich des geforderten Oberanwalts betrifft, so sei auf einen „Fall Lewma“ hingewiesen, bei dessen Erledigung ein Gutachten nach dem andern eingeholt wurde, und wo sogar dem Oberanwalts des Prof. Fürbringer, dirigirenden Arztes am städtischen Krankenhaus zu Berlin, ein neues Gutachten eines Würzburger Professors gegenübergestellt und als ausschlaggebend erachtet wurde. Und hinsichtlich der Schwierigkeiten, welche hier der Vertretung durch einen lediglich von selbstlosen Motiven geleiteten Mann gemacht wurden, wollen wir nur feststellen, daß viele Berufsgenossenschaften sich in sehr vielen Fällen durch einen Herrn vertreten lassen, der die Vertretung gewerblich übt, ohne zum Rechtsanwaltsstande zugelassen zu sein, und das diesem gegenüber niemals das gesetzliche Recht zur Begünstigung angewendet und ihm auch niemals die leisesten Schwierigkeiten bereitet wurden. Wir gönnen dies dem Manne von Herzen, nur möge man auch andere ebenso behandeln.

„Ich gebe ihnen, was ich will.“ Mit diesen Worten engagierte der Restaurateur Wilhelm den Lohnkellner M. für einen Tag. Nach gethauer Arbeit erhielt M. denn auch tatsächlich, was Wilhelm ihm geben wollte, nämlich nichts. Letzterer glaubte, der Kellner sei genügend in Form der eingehaltenen Trinkgelder entlohnt worden. Dieser war jedoch nicht damit zufrieden, das Gewerbegericht sollte entscheiden, bei wem das Recht sei. Das Gericht sprach dem Kläger M. mit folgender Begründung zu: Eine willkürliche Bestimmung, wie die des Beklagten, sei keine maßgebende Abrede; es sei deshalb anzunehmen, daß gar nichts verabredet sei. Nach der ständigen Praxis des Gewerbegerichts treibe aber Lohnkellnern, sofern keine Lohnabrede getroffen ist, ein Tagelohn von 3 M. zu. Wollte Beklagter den Kellner wirklich durch die, wie er sage, guten Trinkgelder allein abfinden, dann hätte er dies klar und deutlich beim Engagement ausdrücken müssen, damit sich der Kläger entschließen konnte, die Arbeit zu übernehmen oder zu unterlassen.

Versammlungen.

Im vierten Wahlkreise wurde am Dienstag eine gut besuchte Volksversammlung in „Keller's Saal“ abgehalten. Reichstags-Abgeordneter Frohme referirte über „die Sozialdemokratie und das bürgerliche Gesetzbuch“. Der Redner ging nach einer allgemeinen Kritik der Rechtsanschauungen, aus denen der vorliegende Entwurf hervorgegangen, zu einer eingehenden Besprechung derjenigen Punkte über, die für unsere Parteigenossen das meiste Interesse haben. Er berührte zunächst den Titel 2, der von den juristischen Personen handelt und das Vereinsrecht regelt. Die Erwerbung der Korporationsrechte seitens politischer, sozialer und religiöser Vereine sei hiernach ausgeschlossen, weshalb also der Entwurf gegenüber den jetzt geltenden Gesetzen keinen Fortschritt darstelle. Ferner behandelte der Redner die im Titel 7 niedergelegten Bestimmungen über den Arbeits- und Dienstvertrag, die durchaus nicht den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt seien, auch würden die Dienstboten nicht, wie wir es fordern, den gewöhnlichen Arbeitern gleichgestellt, sondern für diese blieben neben dem bürgerlichen Gesetzbuch noch die reichsgerichtlichen Bestimmungen über die Dienstboten bestehen. An dem gegenwärtigen, an Sklaverei erinnernden Dienstbotenverhältnis würde also nichts geändert. Nach eingehender Behandlung dieses Gebietes gab der Redner eine sehr interessante Darstellung der rechtlichen Stellung, die das bürgerliche Gesetzbuch den unehelichen Kindern, den sogenannten Kindern der Sünde zuweist. Die heuchlerische Moral der bürgerlichen Gesellschaft, die der Natur und Wahrheit zum Hohn, jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr als Sünde bezeichnet und nicht nur der unglücklichen Mutter, sondern auch den unehelichen außerehelichen Kindern das Brandmal der Schande auf die Stirn drückt, sei in diesen Bestimmungen zum Ausdruck gekommen. Nachdem im Abschnitt 1, Titel 1 des Entwurfs erklärt wird, daß Personen, von denen die eine von der anderen abstammt, in grader Linie verwandt sind, heißt es weiter: „zwischen dem unehelichen Kinde und dessen Vater besteht keine Verwandtschaft“. Das sei ein Widerspruch gegen die gesunde Vernunft. Das uneheliche Kind steht demnach nur zu der Mutter in einem Verwandtschaftsverhältniß und erhält auch deren Namen. Es muß auch einen Vormund haben, denn die Mutter hat nicht das Recht, ihr uneheliches Kind zu vertreten, wohl aber die Pflicht, für dasselbe zu sorgen. Der Vater könne zwar zur Zahlung von Pflegegeldern bis zum 16. Lebensjahre des Kindes angehalten werden, dieselben seien aber nicht nach seinem, sondern nach den Lebensverhältnissen der Mutter zu bemessen. Diese Bestimmung komme also hauptsächlich den wohlhabenden Vätern armer Mädchen zu gute, denen die Alimente, ihrer ärmlichen Lebensverhältnisse gemäß, recht knapp bemessen würden. Dadurch also glauben die Vertreter der bürgerlichen Moral den außerehelichen Geschlechtsverkehr zu vermindern und die Sittlichkeit zu heben. Bezüglich der rechtlichen Stellung der unehelichen Kinder seien einzelne Bestimmungen des preussischen allgemeinen Landrechts besser, als die des bürgerlichen Gesetzbuches. In eingehender Weise erläuterte der Redner ferner die Bestimmungen des Entwurfs über die Ehe, welche als Grundlage des Familienrechts gilt. Eine vernünftige Anschauung sei es, wenn nach dem Entwurf aus einem Verlöbniß nicht das Recht auf Eheschließung hergeleitet werden könne. Wenn aber das bürgerliche Gesetzbuch bestimme: „Die Ehe ist eine von dem Willen der Ehegatten unabhängige sittliche und rechtliche Ordnung“, so bedeute das, wenn die Ehe einmal geschlossen, so müsse sie fortbestehen, ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Zuneigung oder Abneigung der Ehegatten. Weiter bestimme der Entwurf, daß eine Ehe nicht geschlossen werden darf zwischen einem wegen Ehebruch geschiedenen Ehegatten, und demjenigen, mit dem er den Ehebruch verübt hat, falls der Ehebruch die Scheidungsursache war. Da nun — so meint der Redner — denen, die sich durch gegenwärtige Zuneigung zu einander hingezogen fühlen, in solchem Falle die Möglichkeit einer legalen Eheschließung fehle, würden viele Konkubinate infolge dieser Bestimmungen entstehen. Auch die Scheidung der Ehe erwirke der Entwurf gegenüber dem jetzt geltenden Recht, womit er der katholischen Auffassung von der Unauflösbarkeit der Ehe nahe komme. Im Interesse einer vernünftigen Moral müßten wir dagegen eine möglichst leichte Lösung aller der Ehen fordern, die nicht mehr durch das natürliche Band der gegenseitigen Zuneigung zusammengehalten würden. Im Dezember 1885 gab es in Berlin 6750 Ehevertrags- und 1509 freiwillig von ihren Männern verlassene Frauen. Diese Zahlen beweisen, daß es in vielen Fällen nur an einer rechtlichen Handhabe fehle, um tatsächlich nicht mehr bestehende Ehen auch gesetzlich zu trennen. Der Redner streifte sodann das Erbrecht, welches auf möglichste Sicherung des Privateigentums bedacht sei und einen Heimfall des Erbes an die Allgemeinheit zu verhindern sich bemühe, und berührte kurz die Alimentationspflicht gegenüber erwerbsunfähigen Angehörigen. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen trafen weniger die wohlhabenden, als vielmehr die unbemittelten Kreise, deren erwerbsunfähige Verwandte der öffentlichen Armenpflege anheimfielen. Die Kosten derselben könnten nämlich, wenn sich irgend ein Verwandter des Betroffenen ermitteln lasse, der nach Ansicht der Behörden von seinem lara-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, 30. Januar. Opernhaus, Oberon. Schauspielhaus, König Richard der Zweite. Deutsches Theater, Die Jüdin von Toledo. Festung-Theater, Untreu. Fräulein Wittwe. Berliner Theater, König Lear. Neues Theater, Der Herr Direktor. Residenz-Theater, Hals über Kopf. Vorher: In doppelter Belehrung. Friedrich-Wilhelmstadt, Theater, Der Hungerleider. Theater Unter den Linden, König Chilperich. Schiller-Theater, Der Widerspenstigen Zähmung. Adolph Ernst-Theater, Madame Suzette. Central-Theater, Eine tolle Nacht. Belle-Alliance-Theater, Böse Buben. Alexanderplatz-Theater, Die kleinen Kämmere. National-Theater, Maria Stuart. American-Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Madame Suzette.
Baudouille - Poffe in 3 Akten von Sylvain und Ordonneau, bearbeitet von Ed. Jacobson u. J. Aren. Musik von Edmund Kuban. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Zum 146. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Poffe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannstädt. Musik von Julius Einödhofer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
Gente 8 Uhr: Zum 1. Male:
Pitts.
Operette in 1 Akt. Text von Frh. Otto. Musik von Hans Doewenfeld. Hierauf: Zum 102. Male:
Die kleinen Kämmere.
Baudouille in 2 Akten von L. Barneq. Von der gesamten hiesigen Presse als die beste Novität der Saison anerkannt.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstrasse 132.
Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
Regie: Frh. Schäfer.
Morgen: **Preziosa, Ichens, Das Waldmädchen.**
Sonnabend: Zum 1. Male:
Sonradin, der letzte Hohenstaufe.
Tragödie in 5 Akten von Moritz Ritter von Gutmann. Sonntag-Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Hänsel u. Gretel.**

Concerthaus Sanssouci
Kottbuserstrasse 6a.
Gente,
Donnerstag, den 30. Januar:
Soiree der altbeliebten Stettiner Sänger
(Meyael, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Rühl und Schrader)
Gr. Doppel-Konzert.
Anfang 7 1/2 Uhr. — Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (J. Plakate).
Freitag: **Victoria-Brauerel.**

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Widerspenstigen Zähmung.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Victoria.**
Onkel Fräulein.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.
Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.
30 Affen, 30 Hunde, 12 Pferde, Esel, Ziegen, Schweine, Hasen

Das **Löwen-Weib.**
Allerseelen.
!! Der Eden - Garten !!
Castan's Panopticum.

Walhalla-Theater
Oranienstr. 52 (nicht am Marktplatz).
Eine Stunde im **Zukunftsstaat.**
Vorher:
Kneipp in Berlin.
Sechste Aufführung im Walhalla-Theater am 9. Februar. — Die aus-gegebenen Vorgangs-Billets haben nur noch bis zu diesem Tage Gültigkeit.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Entree 80 Pf.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glink.
Letztes Auftreten d. erfolgreichen Januar-Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 1. Februar:
10 Debuts
Erstes Auftreten der unübertrefflichen französischen Excentrique **Mlle. Eugenie Fougere** zum ersten Male in Berlin.

Kaufmann's Variété-Theater
Königsstrasse, Kolonnaden.
Letzte Woche
des zugkräftigen und lustigen Programms
Blanck's Stadt-Klatsch
Hawkins. Ballet-Ratte
Nickel's Ausstellungsfreuden
Die verrückten Jankies
Die tolle Pantomime
Hals über Kopf!!!
Am 1. Februar neues Programm
Der **Riesenbrustkasten - Mensch** kommt!!!

W. Noack's
Konzert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Großes Konzert
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Empfehle meine hochgelegenen Säle für Vereine, Privatgesellschaften zu den billigsten Bedingungen.
W. Noack.

Kaiser-Panorama
(Passage).
Nur diese Woche: Erste Reise Amerika, Kalifornien, Mond. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Tausende Abonnenten.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Schlager auf Schlager.
8 Uhr: v. Hammerstein
9 1/4 Uhr: Fritz Friedmann
9 3/4 Uhr: Frau Wolkenstein
10 Uhr: Princess **Colibri.**
Dazu das große, für Berlin neue **Januar-Programm.**
Anfang (Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M. Freitag: den 31. Januar: Benefiz für Hirschfeld und Clarain.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Täglich.
Grosse Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Signorina Cati. Alfredo Raso. Lotte Siger. Käthchen Möller. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ref. 50 Pf. R. Winkler.

Pianino
70 Nr., altes, Erbauer Hoff. Schulze, sofort zu verkaufen. Dittich, Französischestr. 9.
Seifengeschäft mit Rolle zu verkaufen, Alpen- u. Lebenstr. 14.

Neuer Circus. Circus Busch. Bahnhof Börse.
Donnerstag, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Parade-Vorstellung. „Zscheus, das Waldmädchen“
Elektr. Ballet.
Außerdem: Debut! 1. Auftreten der Elite-Akrobaten Gebr. Treptow. Debut! 1. Auftreten der Vetter-Clowns Mr. Joe u. Arras. Newsky-Malorosky, gr. Schulquadrille, ger. v. 6 Damen u. 6 Herren. Auf Wunsch: Dem Friedenshort! Gr. Huldigung 3. Geburtstage Sr. Maj. d. Kaisers u. Königs. 6 neu dressierte Fuchshengste und der Tigerhengst Tiger, vorgeführt vom Dir. Busch. Auftreten der beliebtesten Clowns.
Freitag: **Ichens. Elektrisches Ballet.**
Zu Vorbereitung: **Die Jagd nach dem Glück.**
Gr. phantastisches choreographisch-hydrologisches **Pracht-Ausstattungsstück**
in einem Vorspiel und 4 Akten von Dir. Busch. Länge und Aufzüge arrangiert vom königl. italienischen Hof-Balletmeister Tignani. — Vorspiel: Im Boudoir der Mlle. de Bellefont. 1. Akt: Im Salon des Grafen de Lafont. 2. Akt: Im Maison dorée (Spielhaus) in Paris. 3. Akt: Das Fest im Park des Grafen de Lafont. 4. Akt: Am Strande und in den Wogen. — Aus den Szenen, Tänzen und Arrangements besonders hervorzuheben: **Demona's Zauber. — Sarans Santhorps. — Die lebenden Münzen. — Am Spieltisch. — Ein Ende mit Schrecken (Ora. Harz und Dr. Friedmann). Die 4 Jahreszeiten (Monstre-Pracht-Auszug). — Ein Schlittenkors im Sommer. — Strandleben. — Die hereinbrechende Fluth.**
Zum Schluss: **Ein wirklicher Schiffs-Untergang.**
(Von Blth getroffen und entzündet, sinkt ein großer Dampfer in 20 Fuß Wasser.) (Original-Jou v. Dir. Busch.) Obgleich das gegenwärtig auf dem Repertoire befindliche Pracht-Ausstattungsstück „Zscheus, das Waldmädchen“ noch völlig unverminderten Erfolges sich erfreut, wird auch denjenigen, die dies Stück bereits gesehen, eine neue Anziehung zu bieten, die **zweite grosse Pantomime des Circus Busch** demnächst in Szene gehen und zwar in regelmäßigem Wechsel mit „Zscheus, das Waldmädchen“.

Neu eröffnet!
Hippodrom u. Reitbahn
Rungestrasse 8
Großes Musikreiten für Herren und Damen täglich bis abends 11 Uhr. Entree frei.
Dampfbäder, Packung in seidene Vasen. Massage. Vereinsmitglieder zahlen nur 75 Pf. pro Bad mit Packung und Massage. 4263L.
Bannenbäder, 3 Bäder mit Seife und Handtüchern 1 Mark. Sool-, Schwefel-, Sitzbäder.
Neu: Güsse, Wickel etc. System Knolpp.
ORANIEN-BAD, Oranienstrasse 44, zwischen Moritz- und Oranienplatz.
Bäder-Besitzer für sämtliche Krankenkassen und Umgegend.

Echt Staudorfer Likör,
à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.
Echten alten Nordhäuser, à Liter 1.— M., 5 Liter 4,50 M.
Ingber, Getreidekummel, Wachholder, à 2. 1 M., 5 L. 4,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. 4185L.
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.,
6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade
J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaren!
Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Unbemittelten Kindern Musikunter-richt. Off. „Musik“ Postamt Dresdenstr. Rixdorf. (49088*) Rixdorf.
Viktoria-Säle.
Großer Saal für Vereine
Sonntags noch zu vergeben.

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Amt I, 1082. 4274L.
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen.

Säle zu Festlichkeiten u. Versamm- lungen. Alex. Alexandrstr. 27c.
Uhrenhandl. Baerel, Wallstr. 97.
Getr. Herren- und Damen-Uhren 5.—, silb. Remont.-U. 11.—, gold. Damen- Schaffel-U. 12.—, Reinig., Feder 1,50.

Goldwaaren u. Uhren auf Zheil- zahlung, verl. an sichere Leute. [245b] R. Schneider, Bernauerstr. 85.
Auf Zheilzahlung
Winterpaletts, Anzüge, Damen- mützel, Jaquets, Gardinen, Teppiche, Möbel, Betten etc. bei L. Silberstein, 41529* Rosenthalerstr. 49, I.

Strichvoll-Reste, Zephyr, Rodwolle zu Partipreisen jetzt Holzmarktstr. 60, Hof links 1 Tr.
Achtung!
Künstl. Zähne v. 8 M. an, Zheil- wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn- zieleh, Zahnreinigung, Herutöbden bei Bestellung umsonst.
Gudel, Dausigerplatz 2, Gilsasserstr. 12

Unserem Vater und Schwiegervater August Weigt zu seinem 25 jährigen Jubiläum ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Hollmannstrasse wackelt. 2457b Seine Kinder.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagnbauer.
(Berlin, Bezirk 4.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied **Richard Plume,** am 26. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. d. M., nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Melchiorstr. 36, aus nach dem Thomas-Nirchhof statt. 258/4 Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Besten Dank allen denjenigen, sowie dem Arbeiter-Gesangverein und dem Arbeiter-Bildungsverein von Brix und Umgegend für die rege Theilnahme am Begräbniß meines unvergesslichen Mannes **Julius Zimmer.** 2459b
Die trauernde Wittwe nebst Kindern und Verwandten, Brix.

Danksagung. [2465b]
Allen denen, die meinem lieben Mann bei der Beerdigung die letzte Ehre erwiesen, sagen wir unsern herzlichsten Dank.
Emilie Wozz und Tochter.

Möbel-Kaufgelegenheit
Bestenfalls Gelegenheit für Speculanten.
In meinem größten Möbelspeicher, **Neue König-Strasse 59, I.** sollen ca. 500 Wohnungs- Einrichtungen, vertheilt gewesene und neue Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Theilzahlung gestattet. Besuchen ohne Anzahlung. Kleiderständer 12 Stk., Kommoden 6 Stk., Küchenspiegel 12 Stk., Stühle 2 Stk., Neue Kuchenschrank-Schrank und Verticors 30 Stk., Kuchenschrank und Verticors 30 Stk., Verticors mit Matrassen 15 Stk., Sophas 15 Stk., Säulen- Kleiderständer 50 Stk., Truemeub. u. Büf. 60 Stk., Goldüberbezug, Herren-Schreibtische, Damen- Schreibtische, Schreibstühle 30 Stk., Tisch- garnituren 30 Stk., Wandspiegel 75 Stk., Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Stk. Gefaltete Möbel können 3 Monate kostenfrei lagern u. werden durch eigene Spanne transport.

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Größe 150 x 200, Stck. 7,50 M.
ca. 1000 Stück schwere bunfarbige **Normal-Schlafdecken**
mit kleinen Maschinensflocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe 150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. sonstiger Preise 9 M.
Reine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko.
Steppdecken- **Emil Lefèvre,** Fabrik
Berlin S., Oranienstr. 158.

Kraft Mittagstisch mit Bier 50 Pf. Schillingstr. 28 bei **Poscheike.**

Möbel- Ausverkauf wegen Umzuges
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Speculanten ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Kuchenschrank- und Mahagoni-Kleiderständer und Verticors 30 Stk., einstuhe 15 Stk., Sophas, Verticors mit Matrassen 20 Stk., Wandspiegeln, Küchenspenden, Kommoden 12 Stk., Stühle 3 Stk., Sophas 6 Stk., Säulen-Truemeub. 45 Stk., Tischgarnitur 60 u. 100 Stk., Tischspiegel, Silbergeschänke, Herren-Schreibtische, Schreib- stühle, Goldüberbezug, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand vermissen, der gut und recht kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Ge- kaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.
Kleiderspind, Wäschepind, Bett- stellen, Federboden, Sopha, Sophas, Tischgarnitur sofort billig Reichens- bergerstr. 160, v. 1 Tr. I. 2264b

Butbuserstrasse 26*
gesunde, kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.
Schlafstelle für anständige Herren, Schmidstr. 41 v. i. Kell., bei Vertich.
Möbl. Schlafstelle Gitschinerstr. 35 v. 2 Tr. bei Stumpp. 2458b
Möbl. Schlafstelle Adalbertstr. 84, IV. 6. Zw. Gesch. 2458b
Möbl. Schlafst. f. Herrn, sep. Eing. v. 1 Tr. Reichendergerstr. 88 bei Zw. Rißel. 2460b

Arbeitsmarkt.
Grübe Ramsell auf Damenhemden verl. Gemmer, Oppelnerstr. 45 8. pt.
Zeichner für Schilder, speziell Eisen, verlangt 2463b
Matthies, Wilhelmstr. 130.
Maschinen-Näherin
auf Wheeler-Wilson-Maschine bei gutem Lohn gesucht. Dahn u. Co., Blumen- strasse 70, Aufg. 3. 24896*

Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Freitag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung der Delegirten
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c.

- Tages-Ordnung:
1. Die jetzige Bewegung in der Berliner Konfektions-Industrie und die Stellung der Berliner Gewerkschaften dazu.
 2. Antrag des Ausschusses bezüglich der Krankschule am 18. März.
 3. Gewerkschaftliches.
- Die Delegirten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Die Berliner Gewerkschafts-Kommission. J. A.: R. Millary.

Bildhauer

Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr,
im Lokal des Herrn Bergner, Annen-Strasse 16:
Oeffentliche Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Die geplante Lohnbewegung der Tischler und wie stellen sich die Holzbildhauer dazu? (Hof. Koll. Winkler.)
 2. Bericht der Agitations-Kommission event. Neuwahl derselben.
 3. Bericht der Delegirten der Berl. Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl.
 4. Abrechnung des Internationalen Agitations-Komitees der Bildhauer.
 5. Die Thätigkeit unserer Gewerbegerichts-Beisitzer.
- Es ist Pflicht aller Holzbildhauer, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Kommission.

Achtung! Hausdiener,
Packer, Weinkellerei-Arbeiter u. s. w.

Freitag, den 31. Januar, abends 9 Uhr,
im „Neuen Clubhause“, Kommandanten-Strasse 72:
Grosse öffentliche Versammlung

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Otto Naether: Sind die Arbeiter Menschen?
 2. Diskussion.
 3. Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben.
 4. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann: Oswald Schumann, Adalbertstr. 47, Hof part.

Achtung, Steinarbeiter!

Freitag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, im Königshof, Bülowstr. 37:
Oeffentliche Steinarbeiter - Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Vorlage des neuen Tarifs.
 2. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Besuch bittet
Der Vertrauensmann.

Verein für arzneilose Heilweise.

Freitag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Moabit Clubhaus, Bunsenstr. 9.
Vortrag des Fräulein Minna Kube
über **Kinder - Krankheiten.**
Ips. Diphtheritis, Scharlach, Masern, Cramp. 2461b
Herren und Damen als Gäste willkommen. — Eintrittspreis für Gäste 15 Pf.
Der Vorstand.

Achtung, Maler!

Freitag, den 31. Januar 1896:
Kombinierte Mitglieder - Versammlung
der **Filialen Berlins**
im Lokal von Röllig, Neue Friedrich-Strasse Nr. 44.

- Tages-Ordnung:
1. Unser diesjähriger Provinzialtag event. Wahl der Delegirten.
 2. Arbeits-Nachweis.
- Bei der besonderen Wichtigkeit des diesjährigen Provinzialtages ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Der Einberufer.

Brauereiarbeiter.

Sonntag, den 2. Februar, mittags 2 Uhr,
in Cohn's Festsaal (gr. Saal), Benthstr. 20-21, 1 Tr.:
Große öffentliche

Brauereiarbeiter - Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen P. Jahn über: 25 jährige Arbeiter-Begleitung im Deutschen Reich.
 2. Berichterstattung und Abrechnung der Agitations-Kommission.
 3. Berichterstattung über die Thätigkeit der Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. Neuwahl derselben.
 4. Die Vorkommnisse in der Viktoria-Brauerei.
 5. Verschiedenes.
- In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen jedes einzelnen erforderlich.
Die Agitations-Kommission.

Achtung! Maurer.

Sonntag, den 2. Februar, Vormittags 10 Uhr:
Grosse öffentliche

Maurer - Versammlung
im Lokale „Königshof“, Bülowstr. 37.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Otto Antrick über: „Was hat die Arbeiterklasse von der heutigen Gesellschafts-Klasse zu erwarten?“
 2. Diskussion.
 3. Abrechnung des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben.
- Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann der deutschen Maurer. Carl Panzer, Goltzstr. 39.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den

12 große öffentliche Versammlungen

der Mäntelnäherinnen, Bügler, Zuschneider, Stepper, Stepperinnen, Kinderkonfektions-Näherinnen, Herrenkonfektions-Schneider und -Näherinnen, sowie Schneider und Näherinnen aller Branchen der

Konfektions-Industrie

am Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr.

- Für den Osten: **Nieff's Festsäle, Weberstraße 17.**
Für Centrum: **Englischer Garten, Alexanderstraße 27c.**
Für den Nord-Osten: **Paster's Gesellschaftshaus, Neue Königstraße 7, in der Nähe des Königsthores.**
Für den Süd-Osten: **Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a und Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.**
Für den Westen: **Königshof, Bülowstraße 37.**
Für den Norden: **Berliner Prater, Kastanien-Allee 7.**
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 35 und Gründel's Festsäle, Brunnenstraße 188, in der Nähe des Rosenthaler Thores.
Für Wedding-Gesundbrunnen: **Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.**
Für Moabit: **Ahrens' Brauerei, Stromstraße 11-16.**
Für Rixdorf: **Viktoria-Säle, Hermannstraße 48-50.**

- Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Konfektionsunternehmern, Händlern und Meistern und unsere Stellungnahme dazu.
 2. Diskussion und Beschlussfassung darüber.

Die Referenten werden in den Versammlungen bekannt gemacht. Kollegen, Kolleginnen! Erscheint in den Versammlungen vollzählig; es gilt, darüber zu entscheiden, ob Ihr gewillt seid, in eine Lohnbewegung einzutreten.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins,
Im Auftrage: J. Timm, Vertrauensmann.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse d. Sattler u. Berufsgen. Deutschlands „Hoffnung“. (G. S. 64.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied August Präger am Sonntag, 28. Januar, verstorben ist. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler

u. anderer gew. Arb. (Hamburg).
Oertl. Verwaltung Berlin A.
Montag, 3. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75:
Mitglieder - Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895.
 2. Besprechung über die Zahlstelle Raunigstr. 88 bei Köhn. 3. Neuwahl eines 1. und 2. Bevollmächtigten und eines 2. Kassirers.
 4. Verschiedenes.
- Mitgliedsbuch legitimirt.
Es ist notwendig, daß in dieser Versammlung alle Mitglieder am Platze sind.
Die Ortsverwaltung.

Vereinsversammlungen
können bis zu 100 Personen abgehalten werden in der Gastwirtschaft von **Jul. Wernau,**
Rosenthalerstr. 57. 43022*
Glas Bier 10 Pf.
Telephon-Amt III Nr. 1296.

Möbel - Ausverkauf

des Möbelfabrikers Rosenthalerstr. 15. Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Warenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Zum Anzuge und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke gebiegen und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unangelegliche Kupferreden blenden, sondern bestimme sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebiegenen Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Durch Einkauf von 5 großen Möbelsätzen zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch größtes Lager gebrauchter und verlegener gewasener Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Kleiderständer 15 Mark, Ausbaumfleiderständer 20, Aufschlieferspitzen, Kommode 9, Sopha 16, Bettstelle mit Sprungfederunterlage u. Matratzen 18, Spiegel 9, Stühle 2, Ausbaumtisch 12, Stuhl 60, Tisch 60, Tisch 60, neue, hochfeine Tischgarnitur 100 Mark. Hochfeine Kuchentisch- und Waschtisch-Möbel vollständig. Auch jede Art Einrichtungen auf Bestellung. Brautleute, welche ihre Möbel bei uns kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Rein Abzahlungsgeschäft. Eigene Tapezier- u. Malerwerkstätten. Vier große Möbelspeicher. Bekannte Möbel können kostenfrei auf meinen Lagerplätzen 3 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Wisk. Bairisch Bier** und **gr. Preisgeschäft.** Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. 4262L*
H. Stramm, Restaurant, Nitterstr. 129

Möbel, gebrauchte, kauft Barow, Rosenthalerstr. 18.

Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma **Herm. Segall, Gelle-Alliance-Kraße 106, Berl.**

Inseratentheil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Arbeiter-Gängerbund

Berlin und Umgegend. 16/13
Sonntag, den 2. Februar, vormittags präzis 10 Uhr,
im Saale der Brauerei Friedrichshain:

Übungsstunde.
Geübt werden die Lieder: „Stedestlust“, „Saat und Ernte“ und „Gruß an den Mai“. Noten älteren Datums sind mitzubringen. Die Vereine werden ersucht, die neueren Lieder in den Übungsstunden durchzunehmen. Bundes-Mitgliedskarte legitimirt. Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 2. Februar 1896, nachmittags 2 1/2 Uhr
Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Die Räuber.

Drauerspiel in fünf Aufzügen von Fr. Schiller.
Die Verlosung der Plätze geschieht von nun an nicht mehr an der Kasse, sondern wie früher an besonderen Tischen, auf denen die Karten stehen, so daß jeder Besucher selbst sein Billet der Kasse entnehmen kann. 235/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 8. Februar, in Louis Keller's Festsaal,
Soppenstraße 20:

Grosser Wiener Maskenball.

Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bergner, Annenstraße 16:

Branchen-Versammlung der Drechsler.

- Tages-Ordnung:
1. Unsere Stellungnahme zur Lohnbewegung der Tischler.
 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.
NB. Morgen, Freitag Abend bei Schöning, Stallschreiberstraße 20:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Liquidation

der **Damenmäntel-Firma Berg & Nesselroth**
Berlin C., Königstr. 33, Ecke der Neuen Friedrichstraße,
sollen die noch bedeutenden Warenbestände und anderes zu
reduzirten Preisen ausverkauft
werden. Zum Verkauf gelangen nur 4102*

Neuheiten der Saison.

Elegante Winter-Jaquettes, Capes und Bragen für 6, 8-15 M., früher 15, 20-36 M. Elegante wattirte Abendmäntel 8, 10-30 M., früher 15, 25-75 M. Pelz-Mäntel (Räder und Paletots) aus Hamster, Fehrbüden, Bisam und Biber 25, 30, 50-75 M., früher 50, 60, 100-200 M. Plüsch-Capes und Plüsch-Jaquettes 20, 30, 50-60 M., früher 45, 60, 100-150 M. Kinder-Winter-Mäntel für jedes Alter 2, 4-10 M., früher 5, 10-20 M. Regenmäntel aus den besten Stoffen und neueste Façons 6, 10-15 M., früher 15, 25-36 M.

Der Liquidations-Verkauf.
Königstraße 33, Ecke der Neuen Friedrichstraße, nahe dem Stadtbahnhof.
Der Verkauf dauert nur noch kurze Zeit.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, fechtend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski,** Spittelmarkt 13